

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

– Drucksache 20/11899 –

Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 1046. Sitzung am 5. Juli 2024 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zu Artikel 1 (§ 1 Satz 1 WasserstoffBG)

In Artikel 1 § 1 Satz 1 sind nach dem Wort „Speicherung“ die Wörter „den Transport“ einzufügen.

Begründung:

Um eine lückenlose Abbildung der Wertschöpfungskette zu gewährleisten, bedarf es für eine erfolgreiche Implementierung von Wasserstoff neben der Erzeugung, Speicherung und dem Import auch des Transportes. Deshalb sollte dieser ebenfalls in der Zielsetzung des § 1 des Gesetzentwurfs aufgeführt und von der Privilegierung des § 4 des Gesetzentwurfs erfasst werden.

2. Zu Artikel 1 (§ 2 Absatz 1 Nummer 1 WasserstoffBG)

Artikel 1 § 2 Absatz 1 Nummer 1 ist wie folgt zu fassen:

„1. Anlagen zur Erzeugung von Wasserstoff,“

Begründung:

Eine Einschränkung auf Elektrolyseure an Land ist angesichts der bekannten Pläne, Wasserstoffherzeugung auch auf See durchzuführen, zum Beispiel auf künstlichen Energieinseln oder Offshore-Stationen, nicht zielführend. Die Wasserstoffherzeugung auf See soll daher ebenfalls beschleunigt werden.

Zudem wird eine Einengung auf eine einzelne Erzeugungsart als unnötig erachtet, da in weiteren Regelungen des Entwurfes die Klimaneutralität des Wasserstoffs definiert wird.

3. Zu Artikel 1 (§ 2 Absatz 1 Nummer 9, Nummer 10, Nummer 11 – neu – WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 2 Absatz 1 wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 9 ist das Wort „oder“ am Ende zu streichen.
- b) In Nummer 10 sind der Punkt am Ende durch ein Komma zu ersetzen und das Wort „oder“ anzufügen.
- c) Folgende Nummer ist anzufügen:
„11. Anlagen zur Hydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern.“

Folgeänderungen:

- a) Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:
 - aa) § 3 ist wie folgt zu ändern:
 - aaa) In Nummer 8 ist der Punkt am Ende durch ein Komma zu ersetzen.
 - bbb) Folgende Nummer 9 ist anzufügen:
„9. „Anlagen zur Hydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern“ eine Anlage zur Hydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern zur Speicherung von Wasserstoff.“ ‘
 - bb) In § 4 Absatz 5 ist die Zahl „10“ durch die Zahl „11“ zu ersetzen.
 - cc) In § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 ist die Zahl „10“ durch die Zahl „11“ zu ersetzen.
- b) In Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a ist in § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b Buchstabe b die Zahl „10“ durch die Zahl „11“ zu ersetzen.

Begründung:

Laut Begründung umfassen Anlagen zum Import von flüssigen organischen Wasserstoffträgern den Zyklus von Einfuhr, Entladung oder Lagerung von hydrierten flüssigen organischen Wasserstoffträgern sowie von dehydrierten organischen Wasserstoffträgern. Zur Vervollständigung des Kreislaufs fehlt der Schritt der Hydrierung, bei dem Wasserstoff in einer chemischen Reaktion in der Trägerflüssigkeit gebunden und gespeichert wird. Die Hydrierung ermöglicht unter anderem die Speicherung von lokal erzeugtem Wasserstoff (zum Beispiel mittels Elektrolyse mit Strom aus erneuerbaren Quellen). Ein Vorteil ist, dass flüssige organische Wasserstoffträger ähnlich wie herkömmliche Kraftstoffe gehandhabt werden können. Ein laufendes Genehmigungsverfahren für eine Anlage zur Hydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass dieses Verfahren zur Speicherung und zum Transport nicht alleine dem Import aus dem Ausland dient, sondern auch bei der lokalen Erzeugung von Wasserstoff Anwendung findet. Durch die Aufnahme in den Anwendungsbereich wird der Hochlauf der Wasserstofftechnologie gefördert.

4. Zu Artikel 1 (§ 3 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 3 wie folgt zu fassen:

„§ 3

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Gesetzes ist:

1. „Elektrolyseur an Land zur Erzeugung von Wasserstoff“ eine landseitige Anlage zur Erzeugung von Wasserstoff durch elektrolytische Umwandlung von Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff,
2. „Anlage zur Speicherung von Wasserstoff und Wasserstoffträgern“
 - a) eine Anlage, die zum Zweck der unterirdischen behälterlosen Speicherung von Wasserstoff und von Gasen zur Speicherung von Wasserstoff neu zu errichten oder umzurüsten ist, jeweils einschließlich Einrichtungen, die der Wasserstoffuntergrundspeicherung dienen, oder
 - b) eine Anlage, die der oberirdischen Speicherung von Wasserstoff dient,

- c) eine Anlage, die der Speicherung von Wasserstoff in oberflächennahen Behältern im Untergrund dient,
3. „Anlage zum Import von Wasserstoff“ eine Anlage zur Einfuhr, Entladung, Lagerung oder Wiederverdampfung von Wasserstoff,
 4. „Anlage zum Import von Ammoniak“ eine Anlage zur Einfuhr, Entladung, Lagerung oder Wiederverdampfung von verflüssigtem Ammoniak,
 5. „Anlage zum Import von flüssigen organischen Wasserstoffträgern“ eine Anlage zur Einfuhr, Entladung oder Lagerung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern,
 6. „Anlage zur Aufspaltung von Ammoniak“ eine Anlage zur Aufspaltung von Ammoniak in Wasserstoff und Stickstoff unter Wärmezufuhr und Nutzung eines Katalysators,
 7. „Anlage zur Dehydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern“ eine Anlage zur Dehydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern zur Abspaltung von Wasserstoff,
 8. „flüssiger organischer Wasserstoffträger“ eine organische Verbindung, die Wasserstoff mittels einer chemischen Reaktion aufnehmen und wieder abgeben kann,
 9. „Anlagen zur Hydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern“ eine Anlage zur Hydrierung von flüssigen organischen Wasserstoffträgern zur Speicherung von Wasserstoff.“ ‘

Begründung:

Die Reihenfolge der Begriffsbestimmungen wurde an die Abfolge im Anwendungsbereich angepasst. Es handelt sich um eine rein redaktionelle Änderung, inhaltliche Änderungen sind nicht erfolgt. Die Änderung erfolgt innerhalb der Begriffsbestimmungen, da auf die Nummern des Anwendungsbereichs häufig Bezug genommen wird.

Die gleiche Reihenfolge innerhalb des Anwendungsbereichs und der Begriffsbestimmungen verbessert die Übersichtlichkeit und trägt zum leichteren Verständnis bei.

Um die Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette zu erreichen und unter Berücksichtigung des technischen Fortschritts, ist in § 3 Nummer 2 des Gesetzentwurfs auch die Speicherung von „Wasserstoffträgern“ einzubeziehen. Der technische Fortschritt ermöglicht ein effizientes Zusammenspiel von Speichermethoden und Verwendung auf den verschiedenen Stationen der Wertschöpfungskette, der sich nicht auf die Speicherung in verschiedenen Aggregatzuständen beschränkt, sondern zum Beispiel auch die chemische Speicherung unter Einbindung von andere Molekülen umfasst. Gerade für die Langzeitspeicherung unter Umgebungsdruck und -temperatur sind Anlagen zur Speicherung von Wasserstoffträgern entscheidend. Wasserstoffträger sind flüssige, organische chemische Energiespeicher für Wasserstoff. Diese organischen Verbindungen können durch chemische Reaktionen Wasserstoff aufnehmen und abgeben und deshalb als Speichermedien für Wasserstoff dienen.

Bezüglich des neuen Buchstaben c in Nummer 2 wird darauf hingewiesen, dass die Industrie sehr kostengünstige und optisch weniger aufdringliche Wasserstoffspeicherkonzepte in Behältern, die unterirdisch, aber nah an der Oberfläche gebaut werden, verfolgt. Diese sollen vom Anwendungsbereich des Gesetzes ebenfalls erfasst sein.

Bezüglich der neuen Nummer 9 wird auf die Begründung von Ziffer 3 verwiesen.

5. Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 2 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist in § 4 Absatz 2 die Angabe „Nummer 1“ zu streichen.

Begründung:

Da nicht vollständig ausgeschlossen werden kann, dass auch die mit der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen in § 2 Absatz 1 Nummer 2 bis 10 WasserstoffBG einschließlich ihrer Nebenanlagen ggf. verbundenen Wasserentnahmen ebenso wie die mit der Errichtung und dem Betrieb des Elektrolyseurs verbundenen Wasserentnahmen die öffentliche Wasserversorgung oder den Wasserhaushalt erheblich beeinträchtigen können, ist auch für diese Anlagen der § 4 Absatz 1 WasserstoffBG in seiner Anwendung auszuschließen.

Einen weiten Begriff von „Nebenanlagen“ zugrunde gelegt, könnten beispielsweise zu den Wasserleitungen im Sinne von § 2 Absatz 1 Nummer 9 WasserstoffBG auch die Anlagen zur Wasserentnahme gehören. Der Intention des Gesetzgebers, in Zeiten der Wasserknappheit die öffentliche Wasserversorgung und den Wasserhaushalt unter einen besonderen Schutz zu stellen, wird nur vollständig Rechnung getragen, wenn der § 4 Absatz 1 bei einer erheblichen Beeinträchtigung der Schutzgüter öffentliche Wasserversorgung und Wasserhaushalt durch alle in § 2 Absatz 1 WasserstoffBG genannten Anlagen ausgeschlossen wird.

Mit der Streichung der Angabe „Nummer 1“ wird in § 4 Absatz 2 WasserstoffBG nunmehr auf den gesamten § 2 Absatz 1 WasserstoffBG verwiesen.

6. Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 3 Satz 3 und Satz 4 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 5 Absatz 3 wie folgt zu ändern:

- a) In Satz 3 sind nach den Wörtern „allen rechtlich“ die Wörter „und fachlich“ einzufügen und das Wort „näher“ durch das Wort „vollständig“ zu ersetzen.
- b) In Satz 4 ist das Wort „überhaupt“ zu streichen.

Begründung:

Die Regelung bezieht sich auf die Antragsunterlagen bei Planfeststellungsverfahren.

Die Beschleunigung von Zulassungsverfahren zur Nutzung von Energie aus regenerativen Quellen ist zu begrüßen.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass andere Umweltgüter erheblich beeinträchtigt werden und Verfahrensvorschriften zu erheblichen Vollzugsproblemen führen und erhebliche Rechtsunsicherheiten geschaffen werden.

Allgemein ist anzumerken, dass die Regelung wasserrechtlicher Verfahren außerhalb des Wasserrechts rechtssystematisch kritisch gesehen wird. Sie trägt auch nicht zur gesetzlichen Transparenz entsprechender Verfahrensregelungen bei.

Mit den Sätzen 3 und 4 wird versucht, eine Fiktion der Vollständigkeit der Antragsunterlagen zu regeln.

Die Antragsunterlagen für Planfeststellungsverfahren sollen demnach vollständig sein, wenn die Behörde in die Lage versetzt wird, den Plan näher zu prüfen. Fachliche Einwände und Nachfragen zum Plan stehen der Vollständigkeit nicht entgegen, sofern der Plan eine fachliche Prüfung überhaupt ermöglicht.

Diese Formulierung trägt nicht dazu bei, das Verfahren zu beschleunigen, sondern kann aufgrund der Unbestimmtheit zu Konflikten zwischen den Vorhabenträgern und den Zulassungsbehörden führen.

Zudem kann der Eindruck entstehen, dass die Beschleunigung auf Kosten der Prüfbarkeit der Auswirkungen des Vorhabens erreicht werden soll. Dies kann wiederum zu vermehrten Rechtstreitigkeiten und letztendlich zur Rechtswidrigkeit der Entscheidung der Zulassungsbehörde führen.

Wenn der Antrag auch bei einem für eine umfassende Prüfung unzureichendem Niveau der Antragunterlagen als vollständig gilt, kann die Zulassungsbehörde die fachliche Prüfung der Auswirkungen des Vorhabens nicht in dem nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Umfang (unter anderem WRRL, FFH) prüfen. Dies ist auch im Hinblick auf das knapper werdende Gut Wasser und dessen Bedeutung auch für die Gesundheit des Menschen nicht hinnehmbar.

Zudem hat die nicht hinreichende Qualität von Unterlagen Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der Beteiligungsverfahren und macht die Entscheidung auch diesbezüglich angreifbar.

7. Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 3 Satz 7 WasserstoffBG)

In Artikel 1 sind in § 5 Absatz 3 Satz 7 am Ende der Punkt durch ein Komma zu ersetzen und die Wörter „wenn dadurch der Antrag prüffähig im Sinne von Satz 3 wird.“ anzufügen.

Begründung:

§ 5 Absatz 3 Satz 7 bedarf für den Beginn der Bearbeitungsfrist nach § 5 Absatz 10 einer Klarstellung dahingehend, dass nicht allein der Eingang erstmalig nachgeforderter Unterlagen entscheidend sein darf. Vielmehr muss durch die nachgereichten Unterlagen zusätzlich und erstmalig eine Prüffähigkeit des Antrags im Sinne des § 5 Absatz 3 Satz 3 ermöglicht werden. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass trotz Nachreichung der erstmals angeforderten Unterlagen wegen beispielsweise mangelnder inhaltlicher Qualität zwar die Bearbeitungsfrist nach § 5 Absatz 10 beginnt, das Verfahren jedoch wegen mangelnder Prüffähigkeit nach § 5 Absatz 3 Satz 3 nicht begonnen werden kann. Dies würde zu einer weiteren, diesmal indirekten Fristverkürzung der Verwaltungsverfahren führen. Mängel an der inhaltlichen Qualität der Antragsunterlagen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Vollzugsbehörden gehen.

8. Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 5 Satz 1 und 2 WasserstoffBG)

In Artikel 1 § 5 Absatz 5 Satz 1 und 2 sind nach dem Wort „Behörde“ jeweils die Wörter „und jeder Träger öffentlicher Belange“ einzufügen.

Begründung:

Nicht jeder Träger öffentlicher Belange ist zugleich eine Behörde. Mit der hier vorgeschlagenen Änderung soll – insbesondere mit Blick auf die gleiche Formulierung in Absatz 4 des Entwurfes – klargestellt werden, dass auch an Träger öffentlicher Belange elektronisch übermittelt werden soll.

Die elektronische Übermittlung der Planunterlagen an die Träger der öffentlichen Belange ist aus Gründen der Effektivität des Verwaltungsablaufs bereits jetzt geübte Behördenpraxis.

In der Praxis wird jedoch oftmals, trotz ausdrücklichen Hinweises im Beteiligungsschreiben der Planfeststellungsbehörde auf das Genügen einer elektronischen Übermittlung, die Stellungnahme nochmals zusätzlich schriftlich eingereicht und geht bei der Planfeststellungsbehörde im Rahmen eines ersetzenden Scans ein. Dies stellt einen unnötigen Arbeitsschritt dar, der durch die hier vorgeschlagene Klarstellung zukünftig vermieden werden soll.

9. Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 6 WasserstoffBG)

Artikel 1 § 5 Absatz 6 ist wie folgt zu fassen:

„(6) Die Anhörungsbehörde soll die Auslegung des Plans und der Unterlagen nach § 19 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Veröffentlichung der Unterlagen auf ihrer Internetseite bewirken. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Beteiligung an die Anhörungsbehörde zu richten ist, wird ihm eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Abweichend von § 73 Absatz 5 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt die Bekanntmachung durch die Anhörungsbehörde; Satz 1 gilt entsprechend. Die Bekanntmachung erfolgt zusätzlich in örtlichen Tageszeitungen, in deren Verbreitungsgebiet sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken kann. Die Anhörungsbehörde hat in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass und wo der Plan elektronisch veröffentlicht wird und dass eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird.“

Begründung:

Die hier vorgeschlagene Regelung orientiert sich an der bereits geltenden und in den Planfeststellungsbehörden praktizierten Regelung von § 17a des Bundesfernstraßengesetzes sowie § 18a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Es erscheint zweckdienlicher, diese bewährten Regelungen auch auf das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz zu übertragen.

Aus Sicht des Bundesrates begegnet die hier im Entwurf vorgeschlagene Regelung rechtlichen Unsicherheiten, indem mit der Formulierung „auf mindestens eine andere Weise“ ein neuer unbestimmter Rechtsbegriff eingefügt wird.

Bislang unterscheiden sowohl das Verwaltungsverfahrensgesetz als auch das Energiewirtschaftsgesetz zwischen der ortsüblichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung. Die im Gesetzentwurf genannten beispielsweise Formen der Bekanntmachung suggerieren eine Wahlmöglichkeit zwischen der ortsüblichen und der öffentlichen Bekanntmachung.

Gemäß § 73 Absatz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt im Rahmen der Offenlage eine ortsübliche Bekanntmachung. Diese ergibt sich aus dem jeweiligen Ortsrecht der Kommunen und beinhaltet die Bekanntmachung im Amtsblatt der Kommune, welches gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes digital und in der Regel auch analog verfügbar ist, sowie in einer örtlichen Tageszeitung. Verantwortlich hierfür ist die Ortskommune.

Die öffentliche Bekanntmachung (zum Beispiel in § 27 des Umweltverträglichkeitsgesetzes oder in § 43b Absatz 1 Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes) ist in der Bekanntmachungsverordnung geregelt. Sie beinhaltet eine Veröffentlichung im amtlichen Veröffentlichungsblatt (digital oder analog) der Planfeststellungsbehörde sowie eine Veröffentlichung in den örtlichen Tageszeitungen, die in dem Bereich verbreitet sind, in dem sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird.

Die hier vorgeschlagene Regelung in § 5 Absatz 6 des Entwurfes stellt daher zwei Beteiligungsformen zur Disposition, die einen unterschiedlichen Wirkungsgrad haben (vergleiche § 41 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Insofern begegnet die vorgeschlagene Regelung rechtlichen Bedenken, da das bisherige System der Unterscheidung zwischen der ortsüblichen und der öffentlichen Bekanntmachung gerichtlich gefestigt ist.

Der Entwurf unterstellt zudem mit § 5 Absatz 6, dass die Anhörungsbehörde auch die Auslegungsbehörde sei. Dies ist jedoch gesetzlich klarzustellen, da es derzeit nicht den gesetzlichen Regelungen entspricht und steht im Widerspruch zu den im Gesetzentwurf gemachten Ausführungen unter § 43a Absatz 3 des Energiewirtschaftsgesetzes (Artikel 3).

10. Zu Artikel 1 (§ 6 Absatz 4 Satz 3 und Satz 4 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 6 Absatz 4 wie folgt zu ändern:

- a) In Satz 3 sind nach den Wörtern „allen rechtlich“ die Wörter „und fachlich“ einzufügen und das Wort „näher“ durch das Wort „vollständig“ zu ersetzen.
- b) In Satz 4 ist das Wort „überhaupt“ zu streichen.

Begründung:

Die Regelung bezieht sich auf die Antragsunterlagen bei Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren.

Die Beschleunigung von Zulassungsverfahren zur Nutzung von Energie aus regenerativen Quellen ist zu begrüßen.

Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass andere Umweltgüter erheblich beeinträchtigt werden und Verfahrensvorschriften zu erheblichen Vollzugsproblemen führen und damit erhebliche Rechtsunsicherheiten geschaffen werden.

Allgemein ist anzumerken, dass die Regelung wasserrechtlicher Verfahren außerhalb des Wasserrechts rechtssystematisch kritisch gesehen wird. Sie trägt auch nicht zur gesetzlichen Transparenz entsprechender Verfahrensregelungen bei.

Mit den Sätzen 3 und 4 wird versucht, eine Fiktion der Vollständigkeit der Antragsunterlagen in wasserrechtlichen Erlaubnis- und Bewilligungsverfahren zu regeln.

Die Antragsunterlagen für die Erlaubnis oder Bewilligung sollen demnach vollständig sein, wenn die Behörde in die Lage versetzt wird, das Vorhaben näher zu prüfen. Fachliche Einwände und Nachfragen zum Plan stehen der Vollständigkeit nicht entgegen, sofern die Antragsunterlagen eine fachliche Prüfung überhaupt ermöglicht.

Diese Formulierung trägt nicht dazu bei, das Verfahren zu beschleunigen, sondern kann aufgrund der Unbestimmtheit zu Konflikten zwischen den Vorhabenträgern und den Zulassungsbehörden führen.

Zudem kann der Eindruck entstehen, dass die Beschleunigung auf Kosten der Prüfbarkeit der Auswirkungen des Vorhabens erreicht werden soll. Dies kann wiederum zu vermehrten Rechtstreitigkeiten und letztendlich zur Rechtswidrigkeit der Entscheidung der Zulassungsbehörde führen.

Wenn die Antragsunterlagen auch bei einem für eine umfassende Prüfung unzureichendem qualitativem Niveau als vollständig gelten, kann die Zulassungsbehörde die fachliche Prüfung der Auswirkungen des Vorhabens nicht in dem nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Umfang (unter anderem WRRL, FFH) prüfen. Dies ist auch im Hinblick auf das knapper werdende Gut Wasser und dessen Bedeutung auch für die Gesundheit des Menschen nicht hinnehmbar.

Zudem hat die nicht hinreichende Qualität von Unterlagen Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der Beteiligungsverfahren und macht die Entscheidung auch diesbezüglich angreifbar.

11. Zu Artikel 1 (§ 6 Absatz 4 Satz 7 WasserstoffBG)

In Artikel 1 sind in § 6 Absatz 4 Satz 7 am Ende der Punkt durch ein Komma zu ersetzen und die Wörter „wenn dadurch der Antrag prüffähig im Sinne von Satz 3 wird.“ anzufügen.

Begründung:

§ 6 Absatz 4 Satz 7 bedarf für den Beginn der Bearbeitungsfrist nach § 6 Absatz 8 einer Klarstellung dahingehend, dass nicht allein der Eingang erstmalig nachgeforderter Unterlagen entscheidend sein darf. Vielmehr muss durch die nachgereichten Unterlagen zusätzlich und erstmalig eine Prüffähigkeit des Antrags im Sinne des § 6 Absatz 4 Satz 3 ermöglicht werden. Andernfalls bestünde die Gefahr, dass trotz Nachreichung der erstmals angeforderten Unterlagen wegen beispielsweise mangelnder inhaltlicher Qualität zwar die Bearbeitungsfrist nach § 6 Absatz 8 beginnt, das Verfahren jedoch wegen mangelnder Prüffähigkeit nach § 6 Absatz 4 Satz 3 nicht begonnen werden kann. Dies würde zu einer weiteren, diesmal indirekten Fristverkürzung der Verwaltungsverfahren führen. Mängel an der inhaltlichen Qualität der Antragsunterlagen dürfen jedoch nicht zu Lasten der Vollzugsbehörden gehen.

12. Zu Artikel 1 (§ 9 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 9 zu streichen.

Begründung:

Diese Regelung ist nicht erforderlich und führt zu einer Überregulierung.

Zum einen werden an das öffentliche oder berechtigte Interesse im Sinne des § 8a Absatz 1 Nummer 2 BImSchG keine hohen Anforderungen gestellt. Ein öffentliches Interesse ist gegeben, wenn ein Vorhaben dem Umweltschutz wie dem Klimaschutz gilt. Das berechtigte Interesse liegt in jedem verständigen, durch besondere Sachlage gerechtfertigten Interesse wie zum Beispiel einer zeitlichen Beschleunigung der Realisierung des Vorhabens.

Zum anderen wird bereits in § 4 des WasserstoffBG geregelt, dass die Errichtung und der Betrieb eines Vorhabens nach § 2 Absatz 1 sowie die zugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen. Dies entspricht auch der Regelung des § 2 EEG für Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, der unstreitig im Rahmen des § 8a BImSchG berücksichtigt wird. Bezüglich Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien wird dies auch nicht gesondert im § 8a BImSchG geregelt, so dass diese Regelung nicht erforderlich ist.

Zur Vereinfachung des Verfahrensrechts sollten soweit wie möglich einheitliche Vorgaben für alle Anlagen gelten. Die Verfahrensregelungen des BImSchG und der 9. BImSchV sind schon jetzt sehr komplex und für Behörden und Antragssteller kaum noch überschaubar. Durch die Aufnahme von immer mehr Spezialregelungen für einzelne Anlagenarten an unterschiedlichen Regelungsorten in den zurückliegenden Gesetzgebungsverfahren werden diese Regelungen immer unübersichtlicher. Dies erschwert die Vollzugspraxis und kann zu Auslegungsfragen und Rechtsunsicherheiten sowie Verzögerungen führen.

13. Zu Artikel 1 (§ 10 Absatz 2 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 10 Absatz 2 zu streichen.

Begründung:

Diese Regelung ist nicht erforderlich und führt zu einer Überregulierung.

In der aktuellen BImSchG-Novelle (BT-Drucksache 20/11657) ist in § 10 Absatz 1 Satz 4 BImSchG eine „kann“-Forderung in Bezug auf einen elektronischen Antrag vorgesehen. Damit stünde die vorliegende Regelung hierzu nicht im Widerspruch, sondern stellt eine Verstärkung („soll“) für Wasserstoff-Anlagen dar. Damit ist nur in atypischen Fällen eine Schriftlichkeit zulässig.

Sollte die Regelung in der BImSchG-Novelle wie geplant erlassen werden, dürfte diese genügen und in der Praxis handhabbar sein.

Zur Vereinfachung des Verfahrensrechts sollten soweit wie möglich einheitliche Vorgaben für alle Anlagen gelten. Die Verfahrensregelungen des BImSchG und der 9. BImSchV sind schon jetzt sehr komplex und für Behörden und Antragssteller kaum noch überschaubar. Durch die Aufnahme von immer mehr Spezialregelungen für einzelne Anlagenarten an unterschiedlichen Regelungsorten in den zurückliegenden Gesetzgebungsverfahren werden diese Regelungen immer unübersichtlicher. Dies erschwert die Vollzugspraxis und kann zu Auslegungsfragen und Rechtsunsicherheiten sowie Verzögerungen führen.

14. Zu Artikel 1 (§ 10 Absatz 2a – neu – WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist in § 10 nach Absatz 2 folgender Absatz 2a einzufügen:

„(2a) § 10 Absatz 3 Satz 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Einwendungsfrist zwei Wochen nach Ablauf der Frist für die Auslegung der Unterlagen endet; diese Frist gilt auch bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie.“

Begründung:

Gemäß Artikel 1 § 14 des Entwurfs soll die Einwendungsfrist zwei Wochen nach Ablauf der Frist für die Auslegung der Unterlagen enden, dazu ist die Änderung von § 12 der Verordnung über das Genehmigungsverfahren vorgesehen (wo bei UVP-pflichtigen Vorhaben ansonsten eine Einwendungsfrist von einem Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist vorgesehen ist). Für eine Einwendungsfrist von zwei Wochen ist jedoch auch erforderlich, § 10 Absatz 3 Satz 4 BImSchG („Bis zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist kann die Öffentlichkeit gegenüber der zuständigen Behörde schriftlich oder elektronisch Einwendungen erheben; bei Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie gilt eine Frist von einem Monat.“) zu ändern.

15. Zu Artikel 1 (§ 12 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 12 zu streichen.

Begründung:

Der § 16b BImSchG enthält Sondervorschriften für Windenergieanlagen, die nach § 12 WasserstoffBG entsprechend auch für die Anlagen nach § 3 WasserstoffBG gelten sollen. Es gilt aber zu berücksichtigen, dass die unter § 3 benannten Anlagenarten vom Gefahrenpotential her nicht mit Windenergieanlagen zu vergleichen sind.

Durch das Vorhandensein der Stoffe Wasserstoff und Sauerstoff, die beide gefährliche Stoffe im Sinne des Anhangs 1 der 12. BImSchV sind, kann es sich hierbei auch um Betriebsbereiche im Sinne des § 3 Absatz 5a BImSchG handeln.

Sofern eine technisch veraltete Anlage „repowert“ werden soll, ist davon auszugehen, dass es sich nicht nur um einen reinen Austausch von Anlagenteilen handeln würde, sondern ggf. auch neue Verfahren mit veränderter Technik vorgesehen werden. Die ausschließliche Prüfung der nachteiligen Auswirkungen (Delta-Prüfung) für die Prüfung nach § 6 BImSchG erscheint darum bei genauerer Betrachtung als nicht ausreichend genug.

Anlagen mit größeren Kapazitäten würden gegebenenfalls größere Auswirkungsbereiche erzeugen. Die Anlagen könnten zum Beispiel erstmals unter die Störfallverordnung fallen oder bereits vorhandene angemessene Sicherheitsabstände müssten überprüft werden. Sofern eine schutzwürdige Nutzung hiervon betroffen ist, ist dies im Genehmigungsverfahren entsprechend zu würdigen. Sofern also eine der genannten Randbedingungen zutreffen sollte, könnten auch an bereits genehmigten Standorten Planungshindernisse einem „Repowern“ einer Anlage entgegenstehen. Sofern neue Verfahren und/oder neue Anlagentechnik vorgesehen sind, bedarf diese Änderung auf Grund der sicherheitstechnischen Aspekte auch entsprechende Prüfungen der neu zu errichtenden Gesamtanlage (Thema: Brandschutz, Explosionsschutz etc.). Eine ausschließliche Delta-Prüfung erscheint auch aus diesem Grund nicht ausreichend.

16. Zu Artikel 1 (§ 13 WasserstoffBG)

In Artikel 1 ist § 13 zu streichen.

Begründung:

Diese Regelung ist nicht erforderlich und führt zu einer Überregulierung.

Die Frist für die Prüfung der formellen Vollständigkeit nach § 7 der 9. BImSchV beträgt einen Monat und kann um zwei Wochen verlängert werden, die Frist nach § 13 WasserstoffBG läuft 30 Tage. Diese unterschiedliche Formulierung einer nahezu identischen Frist wird kritisch gesehen.

Letztlich entfällt im Vergleich zu § 7 Absatz 1 der 9. BImSchV also nur die einmalige Verlängerungsmöglichkeit um zwei Wochen, so dass kritisch hinterfragt wird, für diesen geringfügigen Unterschied eine Sonderregelung zu formulieren, welche die Rechtsanwendung unübersichtlicher macht.

Dazu kommt, dass mit der Umsetzung der RED III für Anlagen erneuerbarer Energien diese Frist in einer zusätzlichen Sonderregelung wiederum geringfügig anders formuliert wird und auf 30 beziehungsweise 45 Tage festgesetzt wird. Zur Vereinfachung des Verfahrensrechts sollten soweit wie möglich einheitliche Vorgaben für alle Anlagen gelten. Die Verfahrensregelungen des BImSchG und der 9. BImSchV sind schon jetzt sehr komplex und für Behörden und Antragssteller kaum noch überschaubar. Durch die Aufnahme von immer mehr Spezialregelungen für einzelne Anlagenarten an unterschiedlichen Regelungsorten in den zurückliegenden Gesetzgebungsverfahren werden diese Regelungen immer unübersichtlicher. Dies erschwert die Vollzugspraxis und kann zu Auslegungsfragen und Rechtsunsicherheiten sowie Verzögerungen führen.

Generell gilt, dass allein die Verkürzung behördlicher Fristen bei gleichbleibender personeller Ausstattung nicht per se zu einer Verfahrensbeschleunigung führt.

17. Zu Artikel 1 (§ 16 WasserstoffBG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren zu prüfen, ob im Rahmen der europäischen Vergaberichtlinien für eine Beschleunigung des Aufbaus der Wasserstoffinfrastruktur und ein schnell realisierbares Wasserstoff-Kernnetz (§ 28q Absatz 1 Satz 2 EnWG) eine temporäre Ausnahme von der Anwendung des Vergaberechts möglich wäre, und insbesondere eine Gleichbehandlung von Fernleitungsnetzbetreibern beziehungsweise Auftraggebern, die im öffentlichen Sektor tätig sind, und Fernleitungsnetzbetreibern beziehungsweise Auftraggebern, die im privaten Sektor tätig sind, sicherzustellen.

Begründung:

Bezüglich § 16 WasserstoffBG ist es vor dem Hintergrund der drängenden Klimaschutzziele sachgerecht und geboten, Aufträgen zum zügigen Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur im Rahmen der Abwägung mit mittelständischen Interessen vorübergehend ein stärkeres Gewicht einzuräumen. Der Wasserstoffhochlauf und insbesondere der Aufbau eines Wasserstoff-Kernetzes sind Teil der Entwicklung eines neuen Marktes für Wasserstoff. Diese Situation unterscheidet sich maßgeblich von bestehenden Märkten zum Beispiel für Strom- und Gasversorgungsnetze. Neben Unternehmen des privaten Sektors werden auch öffentliche Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber an Vorhaben nach § 2 Absatz 1 WasserstoffBG mitwirken. Die Anwendung des Vergaberechts würde für letztere einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Unternehmen darstellen, die keine Auftraggeber im Sinne des § 98 GWB sind, da auf diese das Vergaberecht keine Anwendung findet. Ein beschleunigter deutschlandweiter Wasserstoffhochlauf wäre damit gefährdet.

18. Zu Artikel 1 (§ 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 WasserstoffBG),
Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b Buchstabe a VwGO)

Der Gesetzentwurf ist wie folgt zu ändern:

- a) In Artikel 1 sind in § 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 die Wörter „mit einer Leistung von mindestens 30 Megawatt“ durch die Wörter „mit einer Produktionskapazität von 50 Tonnen Wasserstoff oder mehr je Tag“ zu ersetzen.
- b) In Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a sind in § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b Buchstabe a die Wörter „mit einer Leistung von mindestens 30 Megawatt“ durch die Wörter „mit einer Produktionskapazität von 50 Tonnen Wasserstoff oder mehr je Tag“ zu ersetzen.

Begründung:

Im Gesetzentwurf wird die Mengenschwelle von 30 Megawatt angeführt. Diese Annahme war noch im Herbst 2023 aktuell, als Elektrolyseure ab einer Leistung von mehr als 30 Megawatt im „G“-Verfahren (IED-Anlage) immissionsschutzrechtlich genehmigt werden sollten. Diese Leistungsgröße ist mittlerweile überholt. Aus diesem Grund sollten die Leistungsdaten an die inzwischen angedachten Größen zur 4. BImSchV (ab einer Produktionskapazität von 50 Tonnen Wasserstoff oder mehr je Tag gelten die Anforderungen der IED-Richtlinie und Verfahrensart „G“) angepasst werden.

19. Zu Artikel 1 (§ 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Nummer 1a – neu –, Nummer 2 WasserstoffBG),
Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b Buchstabe a,
Buchstabe a₁ – neu –,
Buchstabe b VwGO)

Der Gesetzentwurf ist wie folgt zu ändern:

- a) In Artikel 1 ist § 18 Absatz 1 Satz 1 wie folgt zu ändern:
 - aa) In Nummer 1 ist am Ende das Wort „und“ durch ein Komma zu ersetzen.
 - bb) Nach Nummer 1 ist folgende Nummer 1a einzufügen:

„1a. einer Anlage nach § 2 Absatz 1 Nummer 2, sofern diese eine Speicherkapazität von mehr als 25 Tonnen Wasserstoff hat, sowie der dazugehörigen Nebenanlagen und“
 - cc) In Nummer 2 sind nach den Wörtern „Leitung nach § 2 Absatz 1 Nummer“ die Wörter „2 und“ zu streichen.
- b) In Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a ist § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b wie folgt zu ändern:
 - aa) In Buchstabe a ist am Ende das Wort „sowie“ zu streichen.
 - bb) Nach Buchstabe a ist folgender Buchstabe a₁ einzufügen:

„a₁) Anlagen nach § 2 Absatz 1 Nummer 2 des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes, sofern diese eine Speicherkapazität von mehr als 25 Tonnen Wasserstoff haben, sowie den dazugehörigen Nebenanlagen, sowie“
 - cc) In Buchstabe b sind nach den Wörtern „Leitungen nach § 2 Absatz 1 Nummer“ die Wörter „2 und“ zu streichen.

Begründung:

In den Begriffsbestimmungen werden zu Anlage zur Speicherung von Wasserstoff die unterirdische und oberirdische Speicherung unterschieden. Laut entsprechender Begründung wird davon ausgegangen, dass der überwiegende Bedarf der Wasserstoffspeicherung unterirdisch erfolgt. Zur oberirdischen Speicherung wird lediglich ausgeführt, dass für neue oder umzurüstende Speicher auch die Nebeneinrichtungen erfasst sind. Anlagen zur Lagerung von Wasserstoff sind bereits ab einer Menge von 3 Tonnen Wasserstoff immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig.

Zur Klarstellung des Gewollten ist die Einführung eines Schwellenwertes für Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff erforderlich. Ansonsten führen bereits kleine Speicher für Wasserstoff, die als Nebenanlage zu

Elektrolyseuren errichtet werden, zur erstinstanzlichen Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts. Im Falle eines kleinvolumigen Speichers ist dieses nicht sachgerecht.

Alleine die Anzahl von kleineren Speichieranlagen lässt die Abweichung vom Regelfall der Zuständigkeit als nicht angemessen erscheinen. Zudem wurde für Elektrolyseure die Mengenschwelle in Höhe von 30 Megawatt eingeführt, um so unter anderem die Anzahl potenzieller gerichtlicher Verfahren mit erstinstanzlicher Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts angemessen zu begrenzen.

Analog wird hier die Mengenschwelle in Höhe von 25 Tonnen Wasserstoff gewählt. Diese entspricht in etwa der Tagesproduktion eines Elektrolyseurs mit einer Leistung von 30 Megawatt.

20. Zu Artikel 2 (Einleitungssatz VwGO)

In Artikel 2 sind im Einleitungssatz die Wörter „Artikel 19 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 272)“ durch die Wörter „Artikel 11 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409)“ zu ersetzen.

Begründung:

Der Gesetzentwurf nimmt nicht Bezug auf die aktuell geltende Fassung der Verwaltungsgerichtsordnung.

21. Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 1 EnWG)

In Artikel 3 Nummer 3 ist § 43a Absatz 1 wie folgt zu fassen:

„(1) Für das Anhörungsverfahren gelten § 73 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und die §§ 17 bis 19 sowie § 21 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nach den Maßgaben der Absätze 2 bis 11.“

Begründung:

Die hier vorgeschlagene Formulierung übernimmt den Wortlaut aus § 17a des Bundesfernstraßengesetzes und § 18a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und sollte aus Gründen der Klarheit und Einheit der Rechtsordnung auch im Energiewirtschaftsgesetz übernommen werden.

Die Bezugnahme auf das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung ist notwendig, um bei Vorhaben, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen, verfahrensrechtliche Widersprüche und etwaige Rechtsunsicherheiten zu vermeiden.

22. Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 2, Absatz 3 Satz 2, Absatz 9a – neu – EnWG)

In Artikel 3 Nummer 3 ist § 43a wie folgt zu ändern:

a) Absatz 2 ist wie folgt zu fassen:

„(2) Die Anhörungsbehörde soll von dem Träger des Vorhabens verlangen, den Plan ausschließlich und ergänzend in einem verkehrüblichen und von der Anhörungsbehörde vorgegebenen elektronischen Format einzureichen.“

b) In Absatz 3 Satz 2 sind die Wörter „für die Auslegung zuständigen Behörde“ durch das Wort „Anhörungsbehörde“ zu ersetzen.

c) Nach Absatz 9 ist folgender Absatz 9a einzufügen:

„(9a) Die Anhörungsbehörde kann eine Erörterung nach § 73 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes und § 18 Absatz 1 Satz 4 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung ganz oder teilweise in digitalen Formaten durchführen. In diesem Fall hat sie in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass und wie die Erörterung in einem digitalen Format durchgeführt wird.“

Begründung:

Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes vom 17. Mai 2024 eine Neufassung des § 43a EnWG vorgeschlagen (BR-Drucksache 157/24 (Beschluss), Ziffer 7). Die im Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften vorgesehene Neufassung von § 43a EnWG übernimmt Elemente aus diesem Bundesratsbeschluss. Die Regelung ist jedoch insgesamt inkonsistent, nicht praxisgerecht und lässt weiterhin eine Harmonisierung mit entsprechenden Regelungen des Allgemeinen Eisenbahngesetzes und des Fernstraßengesetzes vermissen. Mit den vorgeschlagenen Änderungen wird dies im Wesentlichen behoben.

23. Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 3 Satz 2a – neu – EnWG)

In Artikel 3 Nummer 3 ist in § 43a Absatz 3 nach Satz 2 folgender Satz einzufügen:

„Abweichend von § 73 Absatz 5 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt die Bekanntmachung durch die Anhörungsbehörde.“

Begründung:

Nach der Formulierung des hier vorliegenden Gesetzentwurfs besteht eine rechtliche Unsicherheit, ob die Planauslegung durch die Anhörungsbehörde oder durch die betroffene Gemeinde vorgenommen werden soll. Daher sollte der bewährte Wortlaut von § 17a Absatz 3 Satz 2 des Bundesfernstraßengesetzes sowie § 18a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes hier in das Energiewirtschaftsgesetz übertragen werden.

In der derzeitigen Praxis wird – um Verfahrensfehler zu vermeiden – der Bekanntmachungstext seitens der Anhörungsbehörde an die Kommunen übersandt, die diesen ortsüblich bekanntgeben. Grundsätzlich wären die Kommunen als Auslegungsbehörden auch für den Bekanntmachungstext verantwortlich. Zudem werden die Unterlagen auf der Seite der Anhörungsbehörde zur Verfügung gestellt. Zugleich wird zur Gewährleistung einer Darstellung auf der Internetseite der Kommunen der Link auf die Webseite der Anhörungsbehörde entweder im digitalen Amtsblatt der Kommune oder in einer Pressemitteilung auf der Seite der Kommune eingestellt.

Mit der hier vorgeschlagenen Regelung entfällt dies, wenn die Anhörungsbehörde auch die Auslegungsbehörde ist. Hierdurch kommt es zu einer Bündelung, wodurch aufwändige Abstimmungsprozesse mit unterschiedlichen Gemeinden entfallen.

24. Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 5 Satz 1 EnWG)

In Artikel 3 Nummer 3 sind in § 43a Absatz 5 Satz 1 nach den Wörtern „Jede Behörde“ die Wörter „und jeder Träger öffentlicher Belange“ einzufügen.

Begründung:

Nicht jeder Träger öffentlicher Belange ist zugleich eine Behörde. Mit der hier vorgeschlagenen Änderung soll – insbesondere mit Blick auf die gleiche Formulierung in Absatz 4 des Entwurfes zum Wasserstoffbeschleunigungsgesetz – klargestellt werden, dass auch an Träger öffentlicher Belange elektronisch übermittelt werden soll.

Die elektronische Übermittlung der Planunterlagen an die Träger der öffentlichen Belange ist aus Gründen der Effektivität des Verwaltungsablaufs bereits jetzt geübte Behördenpraxis.

In der Praxis wird jedoch oftmals, trotz ausdrücklichen Hinweises im Beteiligungsschreiben der Planfeststellungsbehörde auf das Genügen einer elektronischen Übermittlung, die Stellungnahme nochmals zusätzlich schriftlich eingereicht und geht bei der Planfeststellungsbehörde im Rahmen eines ersetzenden Scans ein. Dies stellt einen unnötigen Arbeitsschritt dar, der durch die hier vorgeschlagene Klarstellung zukünftig vermieden werden soll.

25. Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 6 EnWG)

In Artikel 3 Nummer 3 ist § 43a Absatz 6 wie folgt zu fassen:

„(6) Die Anhörungsbehörde soll die Auslegung des Plans und der Unterlagen nach § 19 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung durch die Veröffentlichung der Unterlagen auf ihrer Internetseite bewirken. Auf Verlangen eines Beteiligten, das während der Dauer der Beteiligung an die Anhörungsbehörde zu richten ist, wird ihm eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt. Abweichend von § 73 Absatz 5 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt die Bekanntmachung durch die Anhörungsbehörde; Satz 1 gilt entsprechend. Die Bekanntmachung erfolgt zusätzlich in örtlichen Tageszeitungen, in deren Verbreitungsgebiet sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken kann. Die Anhörungsbehörde hat in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass und wo der Plan elektronisch veröffentlicht wird und dass eine leicht zu erreichende Zugangsmöglichkeit zur Verfügung gestellt wird.“

Begründung:

Die hier vorgeschlagene Regelung orientiert sich an der bereits geltenden und in den Planfeststellungsbehörden praktizierten Regelung von § 17a des Bundesfernstraßengesetzes sowie § 18a des Allgemeinen Eisenbahngesetzes. Es erscheint zweckdienlicher, diese bewährten Regelungen auch auf das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz zu übertragen.

Aus Sicht des Bundesrates begegnet die hier im Entwurf vorgeschlagene Regelung rechtlichen Unsicherheiten, indem mit der Formulierung „auf mindestens eine andere Weise“ ein neuer unbestimmter Rechtsbegriff eingefügt wird.

Bislang unterscheiden sowohl das Verwaltungsverfahrensgesetz als auch das Energiewirtschaftsgesetz zwischen der ortsüblichen Bekanntmachung und der öffentlichen Bekanntmachung. Die im Gesetzentwurf genannten beispielsweise Formen der Bekanntmachung suggerieren eine Wahlmöglichkeit zwischen der ortsüblichen und der öffentlichen Bekanntmachung.

Gemäß § 73 Absatz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes erfolgt im Rahmen der Offenlage eine ortsübliche Bekanntmachung. Diese ergibt sich aus dem jeweiligen Ortsrecht der Kommunen und beinhaltet die Bekanntmachung im Amtsblatt der Kommune, welches gemäß § 27a des Verwaltungsverfahrensgesetzes digital und in der Regel auch analog verfügbar ist, sowie in einer örtlichen Tageszeitung. Verantwortlich hierfür ist die Ortskommune.

Die öffentliche Bekanntmachung (zum Beispiel in § 27 des Umweltverträglichkeitsgesetzes oder in § 43b Absatz 1 Nummer 3 des Energiewirtschaftsgesetzes) ist in der Bekanntmachungsverordnung geregelt. Sie beinhaltet eine Veröffentlichung im amtlichen Veröffentlichungsblatt (digital oder analog) der Planfeststellungsbehörde sowie eine Veröffentlichung in den örtlichen Tageszeitungen, die in dem Bereich verbreitet sind, in dem sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird.

Die hier vorgeschlagene Regelung in § 43a Absatz 6 des Entwurfes stellt daher zwei Beteiligungsformen zur Disposition, die einen unterschiedlichen Wirkungsgrad haben (vergleiche § 41 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Insofern begegnet die vorgeschlagene Regelung rechtlichen Bedenken, da das bisherige System der Unterscheidung zwischen der ortsüblichen und der öffentlichen Bekanntmachung gerichtlich gefestigt ist.

26. Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 8 Satz 2 und 3 EnWG)

In Artikel 3 Nummer 3 sind § 43a Absatz 8 Satz 2 und 3 zu streichen.

Begründung:

Die Regelung, die der Regelung des bisherigen § 43a Satz 1 Nummer 2 des Energiewirtschaftsgesetzes entspricht, erzeugt in den Planfeststellungsbehörden einen sehr hohen Verwaltungsaufwand. Die im Rahmen von Einwendungen zugegangenen Daten sind stets für die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens notwendige Angaben.

In seiner Entscheidung vom 14. August 2000 (11 VR 10/00) hat das Bundesverwaltungsgericht festgestellt, dass es grundsätzlich nicht zu beanstanden ist, wenn die Anhörungsbehörde Einwendungen der privaten

Vorhabenträger in nicht anonymisierter Form zur Stellungnahme überlässt. Denn es ist für eine ordnungsgemäße Durchführung des Planfeststellungsverfahrens sowohl auf Seiten der Planfeststellungsbehörde als auch auf Seiten der Vorhabenträger erforderlich, über Namen und Anschrift eines jeden Einwenders/einer jeden Einwenderin zu verfügen, um die Einwendungen, welche meist Bezug auf lokale Gegebenheiten nehmen, sachgerecht bearbeiten und darüber entscheiden zu können.

27. Zu Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe c (§ 431 Absatz 9 EnWG)

In Artikel 3 Nummer 4 sind in § 431 Absatz 9 die Wörter „eine rechtlich selbstständige Entscheidung“ durch die Wörter „ein rechtlich selbstständiges Verfahren“ zu ersetzen.

Begründung:

Die Verwendung des Wortes Entscheidung im hier vorgeschlagenen Regelungsentwurf ist insoweit unpräzise, als dass Gewässerbenutzungserlaubnisse in den planfeststellungspflichtigen Verfahren des Energiewirtschaftsgesetzes stets eine selbstständige Entscheidung darstellen, jedoch nicht in einem selbstständigen Verfahren getroffen werden. § 19 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes bewirkt insoweit zwar eine Zuständigkeits- und Verfahrenskonzentration, aber keine Entscheidungskonzentration. Die mit § 431 Absatz 9 hier vorgeschlagene Regelung zielt jedoch nur auf eine Modifizierung (eigenständiger) wasserrechtlicher Verfahren ab und gerade nicht auf das energierechtliche Planfeststellungsverfahren.

28. Zu Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe c (§ 431 Absatz 9 EnWG)

In Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe c sind in § 431 Absatz 9 die Wörter „die §§ 5 bis 7“ durch die Wörter „sowie für das wasserrechtliche Verfahren, das vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 6 Satz 2] begonnen, aber noch nicht abgeschlossen wurde die §§ 5 bis 7 sowie der § 19 Absatz 2“ zu ersetzen.

Begründung:

Wesentliche Leitungen des Deutschen Wasserstoff Kernnetzes werden über die IPCEI-Förderung finanziert. Damit diese wie geplant abgerufen werden kann, müssen diese Leitungen bis Ende 2027 in Betrieb genommen worden sein. Um diesen ambitionierten Zeitplan einhalten zu können, müssen die Planfeststellungs-/Genehmigungsverfahren sehr zeitnah begonnen werden, voraussichtlich noch vor Inkrafttreten des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes.

Bisher ist im Wasserstoffbeschleunigungsgesetz vorgesehen, dass solche Verfahren nach Inkrafttreten neu begonnen werden müssten, um von der Verfahrensbeschleunigung profitieren zu können. Dies ist für bereits begonnene Verfahren nur begrenzt hilfreich. Daher sollte die Verfahrensbeschleunigung auch rückwirkend für bereits laufende Verfahren angewendet werden können.

29. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat begrüßt den Gesetzentwurf mit dem Ziel, im Einklang mit den nationalen Klimaschutzziele den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sowie der Wasserstoffinfrastruktur zu beschleunigen.
- b) Der Bundesrat begrüßt insbesondere, dass den Vorhaben im Anwendungsbereich des Gesetzes grundsätzlich ein überragendes öffentliches Interesse zugeteilt wird und sie der Wahrung der öffentlichen Sicherheit dienen. Diese hohe Gewichtung ist vor allem in der Anlauf- und Aufbauphase der Vorhaben von großer Bedeutung.
- c) In diesem Zusammenhang sind besonders die Änderungen zur weiteren Digitalisierung von Verfahrensschritten im Energiewirtschaftsgesetz als dringend notwendige Umsetzung der bisherigen Praxis aus dem Planungssicherstellungsgesetz zu begrüßen. Diese können einen maßgeblichen Beitrag zur notwendigen Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren leisten. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, wo immer es möglich ist, gemeinsam Digitalisierungs- und Vereinfachungspotentiale auch unterhalb der fachgesetzlichen Ebene zu heben.

30. Zum Gesetzentwurf allgemein (Digitale Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung über die Internetseite der Anhörungsbehörde)

- a) Der Bundesrat begrüßt die im Gesetzesentwurf vorgesehene Einführung von digitalen Planungs- und Genehmigungsverfahren als Regelverfahren. Der Übergang zur digitalen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung kann einen Beitrag sowohl zur Entbürokratisierung und Beschleunigung der Verfahren als auch zur Stärkung von Transparenz und Beteiligung leisten.
- b) Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sicherzustellen, dass die digitale Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung möglichst einfach in einem digitalen Prozess ohne Doppel- oder Mehrfacharbeit der Behörden erfolgen kann.
- c) Der Bundesrat weist darauf hin, dass in allen Ländern bereits zentrale UVP-Portale für alle UVP-pflichtigen Verfahren und in einigen Ländern auch allgemeine Beteiligungsportale für die Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung genutzt werden. Das Gesetz darf keine Hemmnisse oder Erschwernisse für die Nutzung dieser bestehenden oder gegebenenfalls künftigen Internetportale in den Ländern enthalten. Insbesondere soll die rechtswirksame Bekanntmachung und Auslegung von Plänen, die Einreichung von Stellungnahmen und Einwendungen sowie die öffentliche Bekanntgabe von Beschlüssen oder Genehmigungen über zentrale Internetportale rechtlich möglich sein. Daher bittet der Bundesrat um entsprechende Änderung des Gesetzesentwurfes.

Begründung:

Der Gesetzesentwurf gestaltet das digitale Genehmigungs- und Planungsverfahren als Regelverfahren für die künftige Wasserstoffinfrastruktur aus. Für das digitale Verfahren wird zu genau vorgegeben, dass die Internetseite der Anhörungsbehörde genutzt werden muss. Die Vorgabe bedingt, dass Unterlagen für eine rechtswirksame Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung auf mehreren Webseiten veröffentlicht werden müsste. Auch stellt die Vorgabe ein Hemmnis und Erschwernis für die Nutzung zentraler Internetportale dar. In allen Ländern bestehen bereits zentrale UVP-Portale für alle UVP-pflichtigen Verfahren, in einigen Ländern auch allgemeine Beteiligungsportale. Der Gesetzentwurf steht einer Nutzungsbarmachung dieser zentralen Internetportale im Rahmen der digitalen Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung entgegen. So ist die Internetseite der Anhörungsbehörde zwingend und zum Teil als alleinige Internetseite vorgegeben, zum Beispiel für die Bekanntmachung der Pläne oder die öffentliche Bekanntgabe der Planfeststellungsbeschlüsse oder Plangenehmigungen. Auch ist nicht hinreichend klar geregelt, wie die elektronische Übermittlung von Einwendungen und Stellungnahmen erfolgen kann und ob die Einreichung per E-Mail oder über ein zentrales Internetportal ausreichend ist.

31. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat stellt fest, dass der Gesetzentwurf zwar vereinfachende und beschleunigende Maßgaben für das Wasserrecht und das Immissionsschutzrecht schafft, für das Bergrecht, auf dessen Grundlage Verfahren zur Zulassung von Betriebsplänen für die Untergrundspeicherung von Wasserstoff durchgeführt werden, jedoch keine vereinfachenden und beschleunigenden Maßgaben vorsieht. Artikel 1 § 8 Absatz 2 sieht vor, dass für die Maßgaben der §§ 5 bis 7 und des § 8 Absatz 1 des WasserstoffBG die Vorschriften des Bundesberggesetzes unberührt bleiben. Da die Errichtung und der Betrieb von Untergrundspeichern wesentlicher Bestandteil der gesamten Wasserstoffinfrastruktur und deren Verfügbarkeit eine wesentliche Voraussetzung für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf insgesamt ist, bedarf es auch für die auf der Grundlage des Bergrechts durchzuführenden Zulassungsverfahren entsprechender vereinfachender und beschleunigender Regelungen.
- b) Der Bundesrat bittet vor diesem Hintergrund, in die mit dem Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zur Vereinfachung und Beschleunigung wasser- beziehungsweise immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren auch die bergrechtlichen Zulassungsverfahren entsprechend einzubeziehen. Alternativ wird die Bundesregierung gebeten, entsprechende Regelungen im Rahmen der geplanten Novellierung des Bergrechts vorzusehen.

32. Zum Gesetzentwurf allgemein

- a) Der Bundesrat bittet darum, im weiteren Verfahren für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Wasserstoff auf See, neben den bereits im Rahmen des geplanten RED-III-Umsetzungsgesetzes (BR-Drucksache 157/24) vorgesehenen Erleichterungen, zusätzliche Maßnahmen zu prüfen und zu berücksichtigen, die zu Vereinfachungs- und Beschleunigungseffekten beitragen und mit dem Wasserstoffbeschleunigungsgesetz vergleichbar sind.
- b) Der Bundesrat begrüßt in diesem Zusammenhang die Aufnahme des überragenden öffentlichen Interesses an der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Wasserstoff auf See im geplanten Windenergie-auf-See-Gesetz (BR-Drucksache 157/24).

33. Zum Gesetzentwurf allgemein

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren eine klarstellende Regelung dahingehend aufzunehmen, dass auch der Ausbau der für den Wasserstoffhochlauf notwendigen Hafeninfrastruktur unter das überragende öffentliche Interesse im Sinne von Artikel 1 § 4 des Gesetzentwurfs fällt. Darüber hinaus sollte die privilegierte Berücksichtigung von Hafeninfrastruktur bei der Schutzgüterabwägung auch allgemein für den Bereich des Ausbaus der erneuerbaren Energien sichergestellt sein. Insofern bekräftigt der Bundesrat seine Forderung aus seiner Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Erneuerbaren-Richtlinie in den Bereichen Windenergie auf See und Stromnetze und zur Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes (BR-Drucksache 157/24 (Beschluss)). Der Bundesrat bittet, dies an gesetzlich geeigneter Stelle zu regeln.

Begründung:

Der Bundesrat betont die Bedeutung der erforderlichen Hafeninfrastruktur als wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Für den Wasserstoffhochlauf, aber auch für den Ausbau der erneuerbaren Energien, namentlich der Offshore-Windenergie, haben die Häfen eine Schlüsselfunktion inne.

Die Entwicklung einer nachhaltigen Energieversorgung ist entscheidend für die Zukunft Deutschlands und Europas. In diesem Kontext spielt das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz eine zentrale Rolle, da es die Förderung und den Ausbau von Wasserstofftechnologien vorantreiben soll. Häfen sind wichtig für den Import und Export von Wasserstoff sowie für den Transport von Ausrüstung und Technologien im Zusammenhang mit der Wasserstoffproduktion. Der Zusammenhang zwischen der Infrastruktur von Elektrolyseuren auf See und Hafeninfrastruktur an Land liegt besonders in der Möglichkeit, grünen Wasserstoff zu produzieren und zu exportieren.

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland nicht über ausreichende Kapazitäten verfügt, um den gesamten Bedarf an grünem Wasserstoff selbst zu produzieren, ist der Import aus anderen Ländern unumgänglich. Hierfür werden die Häfen benötigt, sie dienen als zentrale Umschlagplätze, an denen Wasserstoff oder seine Derivate (wie Ammoniak oder Methanol) importiert, gelagert und weiterverteilt werden.

Um den Anforderungen des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes gerecht zu werden, müssen erhebliche Investitionen in die Hafeninfrastruktur getätigt werden. Dies umfasst den Bau spezialisierter Terminals für die Handhabung von Wasserstoff, den Ausbau von Lagerkapazitäten und die Schaffung von Pipelines und anderen Transportwegen. Nur durch diese Maßnahmen kann eine effiziente und sichere Versorgungskette gewährleistet werden.

Das Wasserstoffbeschleunigungsgesetz bietet den rechtlichen und finanziellen Rahmen, um diese Infrastrukturmaßnahmen zu unterstützen.

Auch der Ausbau von Offshore-Windparks ist ein wichtiger Bestandteil der Energiewende, aber ohne ausreichende Hafeninfrastruktur wird er zu einer Herausforderung. Häfen spielen eine entscheidende Rolle bei der Installation, Wartung und dem Betrieb von Offshore-Windanlagen. Sie dienen als Ausgangspunkt für die Montage von Turbinen, die Lagerung von Ausrüstung und die Einschiffung von Arbeitern. Ohne geeignete Häfen in der Nähe der geplanten Standorte können Kosten und Logistikprobleme erheblich zunehmen. Die Entwicklung von Hafenanlagen muss daher Hand in Hand mit dem Offshore-Ausbau gehen, um die Effizienz zu steigern und die Energiewende erfolgreich voranzutreiben. Ein gut entwickelter Hafen kann die Effizienz und Rentabilität von Offshore-Windprojekten erheblich verbessern.

Um die verfahrensbeschleunigenden Effekte des sogenannten überragenden öffentlichen Interesses optimal und zielführend auch für die Hafeninfrastruktur nutzen zu können, muss sichergestellt werden, dass auch solche Infrastruktur- und Industrieprojekte Vorrang beim planungsrechtlichen Abwägungsprozess erhalten, die für die Energiewende unverzichtbar sind und unmittelbar zum Erreichen der Klimaziele beitragen. Für den Anwendungsbereich des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes könnte dies durch eine Klarstellung in Artikel 1 § 2 Absatz 1 erfolgen, indem die dazu notwendige Hafeninfrastruktur explizit in den Anwendungsbereich aufgenommen wird.

Für die beschleunigte Umsetzung von erneuerbaren Energieprojekten ist die privilegierte Berücksichtigung von Hafeninfrastruktur bei der Schutzgüterabwägung, die für den Ausbau und Betrieb erneuerbarer Energien benötigt wird, eine geeignete Maßnahme, um das Ziel der Planungsbeschleunigung beim Ausbau von Hafeninfrastruktur zu erreichen. Dadurch ist eine effizientere Planung möglich, so dass schneller auf erneuerbare Energien umgestiegen und ein Beitrag zum globalen Klimaschutz geleistet werden kann.

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften wie folgt:

Zu Ziffer 1 (Zu Artikel (§ 1 Satz 1 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Das Gesetz bezweckt den vereinfachten und beschleunigten Auf- und Ausbau einer Infrastruktur insbesondere für die Erzeugung, die Speicherung und den Import von Wasserstoff. Der Transport von Wasserstoff wird im Energiewirtschaftsgesetz erfasst.

Zu Ziffer 2 (Zu Artikel 1 (§ 2 Absatz 1 Nummer 1 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Für die Wasserstofferzeugung auf See findet allein das Windenergie-auf-See-Gesetz Anwendung.

Der Anwendungsbereich des Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes steht zudem im Einklang mit der Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie, die zentral auf Elektrolyseure abstellt.

Zu Ziffer 3 (Zu Artikel 1 (§ 2 Absatz 1 Nummer 9, 10, 11 – neu – WasserstoffBG))

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates prüfen. Der Gesetzentwurf berücksichtigt unabhängig davon bereits jetzt, dass die technologische Fortentwicklung zukünftig zu Anpassungen führen kann und führt in der Begründung insoweit aus, dass „Mit den Regelungen [...] Anreize für private Investitionen in nachhaltige, insbesondere wirtschaftliche und ökologische Erzeugung, Transport und Nutzung von Wasserstoff etabliert werden [sollen]. In diesem Zusammenhang wird das Gesetz fortlaufend überprüft. [...] Insbesondere wird evaluiert, ob die Ziele der in 2023 fortgeschriebenen Nationalen Wasserstoffstrategie erreicht werden. Dies gilt im besonderen Maße für die Erweiterung des Anwendungsbereichs [...]“ (vgl. BR-Drs. 265/24, S. 19).

Zu Ziffer 4 (Zu Artikel 1 (§ 3 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates, die Reihenfolge der Begriffsbestimmung an die Abfolge im Anwendungsbereich anzupassen, nicht zu. Die alphabetische Reihenfolge der Begriffsbestimmungen ist aus rechtsförmlicher Sicht erforderlich und auch üblich.

Darüber hinaus lehnt die Bundesregierung ab, die Begriffsbestimmung in § 3 Nummer 2 WasserstoffBG auf „Anlagen zur Speicherung von Wasserstoff und Wasserstoffträgern“ zu erweitern. Damit würde eine Erweiterung des Anwendungsbereichs einhergehen. Hierzu wird auf die Gegenäußerung der Bundesregierung zu Ziffer 3 verwiesen.

Den Vorschlag des Bundesrates, in § 3 Nummer 2 WasserstoffBG einen neuen Buchstaben c anzufügen, der Wasserstoffspeicher „in oberflächennahen Behältern im Untergrund“ erfasst, wird die Bundesregierung mit Blick auf eine entsprechende Erweiterung des § 3 Nummer 6 WasserstoffBG prüfen.

Zu Ziffer 5 (Zu Artikel 1 (§ 4 Absatz 2 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Die Regelung zielt auf die Anlagen, bei denen für die Wasserstoffherstellung erhebliche Mengen an Wasser benötigt werden. Dies ist nur im Hinblick auf Elektrolyseure der Fall. Durch die Regelung bleiben die Belange der öffentlichen Wasserversorgung und des Wasserhaushalts auch gegenüber dem überragenden öffentlichen Interesse an Elektrolyseuren gewahrt. Das erfasst auch deren Nebenanlagen, die im Anwendungsbereich ausdrücklich erfasst werden.

Zu Ziffer 6 (Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 3 Satz 3 und Satz 4 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Die Regelung zur Vollständigkeitsprüfung entspricht im Grundsatz derjenigen im Immissionsschutzrecht (vgl. § 7 Absatz 2 Satz 2 und 3 der kürzlich novellierten 9. BImSchV, BGBl. I 2024 Nr. 225).

Zu Ziffer 7 (Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 3 Satz 7 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Die Regelung zur Vollständigkeitsprüfung entspricht im Grundsatz derjenigen im Immissionsschutzrecht (§ 7 Absatz 2 der kürzlich novellierten 9. BImSchV, BGBl. I 2024 Nr. 225).

Zu Ziffer 8 (Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 5 Satz 1 und 2 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Sowohl in § 73 Absatz 2 und 3a VwVfG als auch in § 17 Absatz 2 UVPG wird lediglich die Einholung von Stellungnahmen von Behörden geregelt. Träger öffentlicher Belange, die keine Behörden sind, sind nicht im Rahmen der Behördenanhörung, sondern als sonstige Betroffene im Rahmen des § 73 Absatz 4 VwVfG zu beteiligen. Sie sollen gemäß § 5 Absatz 8 Satz 2 WasserstoffBG ihre Einwendungen und Stellungnahmen elektronisch abgeben.

Zu Ziffer 9 (Zu Artikel 1 (§ 5 Absatz 6 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Zunächst bleibt die Soll-Regelung des Vorschlags hinter der zwingend vorgesehenen Internetauslegung zurück. Zudem enthält der Vorschlag enthält neben einer Maßgabe zur Bekanntmachung auch eine Maßgabe zur Auslegung und würde damit zu einer Doppelregelung zu § 5 Absatz 7 WasserstoffBG führen, der bereits eine Regelung zur Auslegung der Planunterlagen enthält. Ferner wird die Formulierung „auf mindestens eine andere Weise“ bereits in der Regelung zur Zugänglichmachung auszulegender Dokumente in § 27b Absatz 1 VwVfG verwendet. Ergänzend wird die Formulierung in der Gesetzesbegründung näher wie folgt erläutert: „[...] Zusätzlich erfolgt die Bekanntmachung auf mindestens eine andere Weise. Dies kann beispielsweise erfolgen im amtlichen Veröffentlichungsblatt der Anhörungsbehörde oder in örtlichen Tageszeitungen, die in dem Bereich verbreitet sind, in dem sich das Vorhaben voraussichtlich auswirken wird, oder auf eine andere Weise. Die Gewährleistung der Anstoßfunktion durch die Bekanntmachung ist zu berücksichtigen. Dabei ist von der Anhörungsbehörde zu berücksichtigen, dass noch nicht alle Rechtsbetroffene und Rechtsschutzsuchende mit dem Internet vertraut sind oder diese sich nicht der Notwendigkeit einer Überprüfung der Internetseite der Anhörungsbehörden bewusst sind.“)

Zu Ziffer 10 (Zu Artikel 1 (§ 6 Absatz 4 Satz 3 und Satz 4 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Die Regelung zur Vollständigkeitsprüfung entspricht im Grundsatz derjenigen im Immissionsschutzrecht (vgl. § 7 Absatz 2 Satz 2 und 3 der kürzlich novellierten 9. BImSchV, BGBl. I 2024 Nr. 225).

Zu Ziffer 11 (Zu Artikel 1 (§ 6 Absatz 4 Satz 7 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Die Regelung zur Vollständigkeitsprüfung entspricht im Grundsatz derjenigen im Immissionsschutzrecht (§ 7 Absatz 2 der kürzlich novellierten 9. BImSchV, BGBl. I 2024 Nr. 225).

Zu Ziffer 12 (Zu Artikel 1 (§ 9 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Aus § 4 Absatz 1 WasserstoffBG lässt sich nicht unmittelbar entnehmen, ob ein öffentliches Interesse am vorzeitigen Beginn im Sinne des § 8a BImSchG besteht. Die Regelung gewährleistet die für den zügigen und rechtssicheren behördlichen Vollzug erforderliche Klarstellung.

Zu Ziffer 13 (Zu Artikel 1 (§ 10 Absatz 2 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Der Gesetzentwurf ist auf eine umfassende Digitalisierung der Zulassungsverfahren ausgerichtet. Diese ist möglich, soweit auch die Antragstellung digital erfolgt. Ansonsten müsste die Zulassungsbehörde alle analog eingereichten Antragsunterlagen zunächst digitalisieren, um das Zulassungsverfahren fortsetzen zu können.

Zu Ziffer 14 (Zu Artikel 1 (§ 10 Absatz 2a – neu – WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Eine Maßgabe ist nicht erforderlich, da die aktuelle Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die zweiwöchige Einwendungsfrist bereits aufgegriffen hat (vgl. § 10 Absatz 3 Satz 8 erster Halbsatz BImSchG, BGBl. I 2024 Nr. 225). Die Maßgabe in § 14 WasserstoffBG regelt ferner nur die Einwendungsfrist für UVP-pflichtige Anlagen. Die einmonatige Einwendungsfrist für Anlagen nach der Industrieemissions-Richtlinie nach § 10 Absatz 3 Satz 8 zweiter Halbsatz BImSchG bleibt hiervon als *lex specialis* unberührt.

Zu Ziffer 15 (Zu Artikel 1 (§ 12 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Durch die vorgeschriebene Delta-Prüfung werden sicherheitstechnische Aspekte hinreichend berücksichtigt. Insbesondere wird auch das Störfallrecht in die Prüfung einbezogen, wenn infolge der Modernisierung die Grenzwerte der Störfall-Verordnung überschritten werden. Durch die Bezugnahme in § 12 auf § 16b Absatz 4 BImSchG wird sichergestellt, dass andere öffentlich-rechtliche Vorschriften umfassend geprüft werden (u. a. bzgl. Brand- und Explosionsschutz).

Zu Ziffer 16 (Zu Artikel 1 (§ 13 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Der Gesetzentwurf wird einen Gleichlauf mit den Regelungen sicherstellen, die u. a. in den Bereichen Windenergie auf See und an Land sowie Solarenergie zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 (RED III) vorgesehen sind. Insoweit wird die in der RED III enthaltene Frist von 30 Tagen zugrunde gelegt.

Zu Ziffer 17 (Zu Artikel 1 (§ 16 WasserstoffBG))

Die Bundesregierung weist daraufhin, dass die europäischen Vergaberichtlinien keine temporären Ausnahmen für bestimmte Netze oder (Sektoren-)Auftraggeber kennen. Sie weist jedoch auf die Antragsmöglichkeit nach Artikel 34 der Sektorenrichtlinie (§ 3 der Sektorenverordnung) für unmittelbar dem Wettbewerb ausgesetzte Tätigkeiten hin.

Zu Ziffer 18 (Zu Artikel 1 (§ 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 WasserstoffBG), Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b Buchstabe a VwGO))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Eine Angleichung der Rechtswegverkürzung an die neuen Grenzwerte der 4. BImSchV ist nicht geboten. Zwischen dem Umfang des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens und der Rechtswegverkürzung besteht kein inhaltlicher Zusammenhang. Durch die bestehende Schwelle von 30 MW wird bereits eine sachgerechte Einschränkung der erstinstanzlichen Zuständigkeit des Oberverwaltungsgerichts und ein Gleichlauf mit den erneuerbaren Energien gewährleistet.

Zu Ziffer 19 (Zu Artikel 1 (§ 18 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Nummer 1a – neu –, Nummer 2 WasserstoffBG, Artikel 2 Nummer 1 Buchstabe a (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 3b Buchstabe a, Buchstabe a1 – neu –, Buchstabe b VwGO))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates inhaltlich zu und wird diesen Vorschlag dem Grunde nach unter Berücksichtigung rechtsförmlich notwendiger Anpassungen aufgreifen.

Zu Ziffer 20 (Zu Artikel 2 (Einleitungssatz VwGO))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates grundsätzlich zu, in dem Einleitungssatz die aktuell geltende Fassung der VwGO in Bezug zu nehmen. Demnach sind im Einleitungssatz jedoch, anders als vom Bundesrat vorgeschlagen, nunmehr die Wörter „Artikel 19 des Gesetzes vom 8. Oktober 2023 (BGBl. Nr. 272)“ durch die Wörter „Artikel 11 des Gesetzes vom 15. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 237)“ zu ersetzen.

Zu Ziffer 21 (Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 1 EnWG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates inhaltlich zu und wird diesen Vorschlag dem Grunde nach unter Berücksichtigung rechtsförmlich notwendiger Anpassungen aufgreifen.

Zu Ziffer 22 (Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 2, Absatz 3 Satz 2, Absatz 9a – neu – EnWG))

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen des Bundesrates unter Buchstabe a und Buchstabe c nicht zu. Die Bundesregierung hält im Interesse der Digitalisierung an der Regelung des § 43a Absatz 2 EnWG fest. Die technische Ausgestaltung kann dabei die Anhörungsbehörde nach § 43a Absatz 10 EnWG treffen.

Für eine Maßgabe zur Onlinekonsultation sieht die Bundesregierung kein weiteres Regelungsbedürfnis, da das vom Bundesrat Gewollte bereits durch § 27c VwVfG eröffnet ist.

Den Vorschlag des Bundesrates unter Buchstabe b wird die Bundesregierung prüfen.

Zu Ziffer 23 (Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 3 Satz 2a – neu – EnWG))

Aus § 43a Absatz 3 Satz 4 EnWG ergibt sich zwar mittelbar, dass die Bekanntmachung durch die Anhörungsbehörde erfolgt. Die Bundesregierung wird gleichwohl prüfen, ob und inwieweit der Vorschlag des Bundesrates aus Klarstellungsgründen aufgegriffen werden sollte.

Zu Ziffer 24 (Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 5 Satz 1 EnWG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. In § 73 Absatz 2 und 3a VwVfG wird lediglich die Einholung von Stellungnahmen von Behörden geregelt. Träger öffentlicher Belange, die keine Behörden sind, sind nicht im Rahmen der Behördenanhörung, sondern als sonstige Betroffene im Rahmen des § 73 Absatz 4 VwVfG zu beteiligen. Sie sollen gemäß Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 7 Satz 2 EnWG) ihre Einwendungen und Stellungnahmen elektronisch abgeben.

Zu Ziffer 25 (Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 6 EnWG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates nicht zu. Dieser Vorschlag enthält neben einer Maßgabe zur Bekanntmachung auch eine Maßgabe zur Auslegung und würde damit zu einer Doppelregelung zu § 43a Absatz 3 EnWG führen, der bereits eine Regelung zur Auslegung der Planunterlagen enthält. Ferner wird die Formulierung „auf mindestens eine andere Weise“ bereits in der Regelung zur Zugänglichmachung auszulegender Dokumente in § 27b Absatz 1 VwVfG verwendet. Ergänzend in der Gesetzesbegründung zu der Formulierung Folgendes ausgeführt: „[...] Auf welche andere Weise die Bekanntmachung erfolgt, liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Anhörungsbehörde. Die Gewährleistung der Anstoßfunktion ist zu berücksichtigen. Dabei ist von der Anhörungsbehörde zu berücksichtigen, dass noch nicht alle Rechtsbetroffene und Rechtsschutzsuchende mit dem Internet vertraut sind oder diese sich nicht der Notwendigkeit einer Überprüfung der Internetseite der Anhörungsbehörde bewusst sind.“

Zu Ziffer 26 (Zu Artikel 3 Nummer 3 (§ 43a Absatz 8 Satz 2 und 3 EnWG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates zu.

Zu Ziffer 27 (Zu Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe c (§ 431 Absatz 9 EnWG))

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag des Bundesrates inhaltlich zu und wird diesen Vorschlag dem Grunde nach unter Berücksichtigung sprachlich notwendiger Folgeanpassungen aufgreifen.

Zu Ziffer 28 (Zu Artikel 3 Nummer 4 Buchstabe c (§ 431 Absatz 9 EnWG))

Die Bundesregierung wird den Vorschlag des Bundesrates prüfen.

Zu Ziffer 29 (Zum Gesetzentwurf allgemein)

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme dankend zur Kenntnis.

Zu Ziffer 30 (Zum Gesetzentwurf allgemein (Digitale Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung über die Internetseite der Anhörungsbehörde))

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Ziffer 31 (Zum Gesetzentwurf allgemein)

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Die Bundesregierung hat die bergrechtlichen Verfahren zur Zulassung von Wasserstoffspeichern im Blick und deshalb kürzlich eine Lücke in der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben (UVP-V Bergbau) geschlossen. Damit besteht Klarheit für die Frage der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei der Errichtung von Wasserstoffspeichern.

Zu Ziffer 32 (Zum Gesetzentwurf allgemein)

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Zu Ziffer 33 (Zum Gesetzentwurf allgemein)

Die Bundesregierung nimmt die Stellungnahme zur Kenntnis.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass das WasserstoffBG im Anwendungsbereich nach § 2 bereits Anlagen zum Import von Wasserstoff, Ammoniak und flüssigen organischen Wasserstoffträgern sowie die dafür notwendigen Dampf- oder Wasserleitungen und jeweils dazugehörige Nebenanlagen erfasst. Gemäß der Begriffsbestimmung in § 3 umfasst die Importanlage auch jeweils die Lagerung. Diese Anlagen oder Leitungen liegen im übertragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit in dem nach § 4 WasserstoffBG geregeltem Maße.

